

# Europarecht

Ein Studienbuch

von

**Dr. iur. Dres. h. c. Thomas Oppermann**

em. o. Professor an der Universität Tübingen  
ehem. Mitglied des Staatsgerichtshofes für das Land Baden-Württemberg

**Dr. iur. Claus Dieter Classen**

o. Professor an der Universität Greifswald

**Dr. iur. Martin Nettesheim**

o. Professor an der Universität Tübingen

6., völlig neu bearbeitete Auflage, 2014

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXXVII
Einführung in das Europarecht . . . . .	XLV

## 1. Teil. Geschichtliche Entwicklung

<b>§ 1. Die europäische Idee bis 1945</b> ( <i>Oppermann</i> ) . . . . .	1
I. Der europäische Gedanke bis 1919 . . . . .	2
1. Ideen und Realisationen europäischer Gemeinsamkeit von der Antike bis zur Aufklärung . . . . .	2
2. Vom „Europäischen Konzert“ des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg . . . . .	3
II. Vorläufer der Europäischen Integration 1919–1945 . . . . .	4
1. „Paneuropa“ und Locarno . . . . .	4
2. Das Zerrbild der „Neuen Ordnung“ der deutsch/italienischen Diktaturen . . . . .	5
<b>§ 2. Europäische Einigung 1946–1992</b> ( <i>Oppermann</i> ) . . . . .	5
I. Anfänge nach 1945 . . . . .	6
1. Zürcher Rede Churchills 1946 und Europäische Bewegung . . . . .	6
2. Erste Organisationsgründungen . . . . .	6
II. Entstehung der Europäischen Gemeinschaften 1950–1958 . . . . .	7
1. Schuman-Erklärung 1950 und Gründung der Montanunion . . . . .	8
2. Rückschläge . . . . .	8
3. „Relance Européenne“: Messina 1955 – Römische Verträge 1958 . . . . .	8
III. Wandel der „EG-Philosophie“ vom Föderalismus zum Pragmatismus 1958–1969 . . . . .	9
1. Auf dem Weg zum Europäischen Bundesstaat? . . . . .	9
2. Über die Krise 1965 ins „Europa der Vaterländer“ . . . . .	9
IV. 1970–1990: In kleinen Schritten in Richtung Europäischer Union . . . . .	11
1. Die siebziger Jahre der EG: Norderweiterung, Europäischer Rat und Direktwahl des Europäischen Parlamentes . . . . .	11
2. Die achtziger Jahre: Süderweiterung, Einheitliche Europäische Akte 1986 und Binnenmarktprozess 1985–1992 . . . . .	12
<b>§ 3. Die Europäische Union seit Maastricht</b> ( <i>Oppermann</i> ) . . . . .	13
I. Gründung der Europäischen Union (Maastricht 1992, Amsterdam 1997, Nizza 2001) . . . . .	13
II. Europäische Währungsunion . . . . .	14
III. „EFTA-Erweiterung“ 1995 und Osterweiterung 2004/2007/2013 . . . . .	15
IV. EU-Reform 2001–2009 („Post-Nizza-Prozess“) . . . . .	15
1. Gründe der Reform . . . . .	15
2. Verfassungskonvent 2002–2003 – Scheitern des Verfassungsvertrags 2004 . . . . .	15
3. Lissabon-Vertrag 2007 . . . . .	16
V. EU-Finanzkrise 2009 ff. . . . .	17
VI. Ausblick: Unvollendete Union? . . . . .	19

**2. Teil. Die Europäische Union – Grundlagen**

**§ 4. Wesen der Europäischen Union (Oppermann)** ..... 20

- I. Die Fragestellung ..... 20
- II. Schaffung eines „Staatenverbundes“ als Konzept der Verträge ..... 20
  - 1. Die Europäische Union als neuartige Form zwischenstaatlicher Verbindung ..... 20
    - a) Zur Überstaatlichkeit der Europäischen Union ..... 21
    - b) Zur Nichtstaatlichkeit der Europäischen Union ..... 22
    - c) Mehrebenenverbund von EU und Mitgliedstaaten ..... 23
  - 2. Andere Deutungen ..... 23
    - a) Internationale Organisation ..... 23
    - b) Staatenbund/Verwaltungsunion ..... 23
    - c) Zweckverband funktioneller Integration ..... 24
    - d) (Vor)Bundesstaat ..... 24
- III. Einwirkungen der Finanzkrise auf die Gestalt der Europäischen Union? ..... 24
- IV. Zur Finalität der Europäischen Union ..... 25
- V. Ausblick: Legitimation der Europäischen Union im 21. Jahrhundert ..... 25
  - 1. Die EU als Akteur in der globalisierten Welt ..... 26
    - a) Garant der Wirtschafts- und Wohlstandsgemeinschaft ..... 26
    - b) Auf Dauer nur Zivilmacht? ..... 26
  - 2. Verpflichtung auf gemeinsame Werte („Wertegemeinschaft“) ..... 26
  - 3. Europäische Friedensordnung ..... 27

**§ 5. Organe der Europäischen Union (Nettesheim)** ..... 27

- I. Überblick ..... 28
  - 1. Die Organe der EU ..... 28
  - 2. Weitere Einrichtungen ..... 28
  - 3. Standorte der Institutionen ..... 29
  - 4. Sprachenregime der Europäischen Union ..... 29
    - a) Sprachliche Geltung der Verträge ..... 30
    - b) Regelung der Amtssprachen und Arbeitssprachen ..... 30
- II. Gewaltenteilung und Funktionenverschränkung ..... 31
  - 1. Funktionen und Institutionen ..... 31
  - 2. Institutionelles Gleichgewicht ..... 33
- III. Die Organe der Union ..... 33
  - 1. Das Europäische Parlament (EP) ..... 33
    - a) Die Institution des Europäischen Parlaments ..... 35
    - b) Beschlussverfahren des Europäischen Parlaments ..... 38
    - c) Aufgaben des Europäischen Parlaments ..... 38
    - d) Politische Parteien auf europäischer Ebene ..... 41
  - 2. Der Europäische Rat ..... 42
    - a) Die Institution des Europäischen Rats ..... 43
    - b) Beschlussverfahren des Europäischen Rats ..... 44
    - c) Aufgaben des Europäischen Rates ..... 44
  - 3. Der Rat ..... 45
    - a) Die Institution des Rats ..... 45
    - b) Beschlussverfahren im Rat ..... 48

c) Aufgaben und Funktionen des Rates . . . . .	50
d) Die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten . . . . .	52
4. Die Kommission . . . . .	52
a) Die Institution der Kommission . . . . .	53
b) Beschlussverfahren der Kommission . . . . .	58
c) Aufgaben und Funktionen der Kommission . . . . .	59
5. Europäische Gerichtsbarkeit (EuGH, EuG, GÖD) . . . . .	62
a) Träger der rechtsprechenden Gewalt . . . . .	63
b) Aufgaben der europäischen Gerichtsbarkeit . . . . .	66
6. Der Rechnungshof (RH) . . . . .	67
a) Die Institution des Rechnungshofs . . . . .	67
b) Aufgaben und Befugnisse . . . . .	68
IV. Ausblick . . . . .	68
<b>§ 6. Weitere Institutionen der Europäischen Union (Nettesheim) . . . .</b>	<b>69</b>
I. Beratende Institutionen mit Verfassungsrang . . . . .	70
1. Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) . . . . .	70
a) Die Institution des WSA . . . . .	71
b) Aufgaben und Befugnisse . . . . .	71
2. Ausschuss der Regionen (AdR) . . . . .	72
a) Die Institution des AdR . . . . .	73
b) Aufgaben und Befugnisse . . . . .	73
II. Sonstige Einrichtungen . . . . .	74
1. Organisationsgewalt der Europäischen Union . . . . .	74
2. Das Spektrum weiterer EU-Einrichtungen . . . . .	75
a) Unionsagenturen . . . . .	75
b) Agenturen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik . . . . .	76
c) Exekutivagenturen . . . . .	76
III. Ausblick . . . . .	77
<b>§ 7. Personal (Classen) . . . . .</b>	<b>77</b>
I. Notwendigkeit eines Europäischen Öffentlichen Dienstes . . . . .	77
II. Grundlagen des europäischen Dienstrechts . . . . .	77
1. Zur Grundstruktur des Europäischen Öffentlichen Dienstes . . . . .	77
2. Rechtsgrundlagen . . . . .	78
3. Zuordnung des Personals und Personalbestand . . . . .	79
4. Laufbahnprinzip und Beförderungssystem . . . . .	79
5. Auswahlverfahren . . . . .	79
6. Nationalitätenproporz . . . . .	80
III. Status der Europabeamten . . . . .	80
1. Begründung des Beamtenverhältnisses . . . . .	81
2. Loyalitätspflichten und Disziplinarrecht . . . . .	81
3. Statusrechte . . . . .	81
4. Rechtsschutz . . . . .	82
5. Beendigung des Beamtenverhältnisses . . . . .	83
IV. Sonstige Europabediensteten . . . . .	83
VI. Kollektives Dienstrecht . . . . .	83
1. Personalvertretung . . . . .	83

2. Koalitionsrecht . . . . .	84
a) Dialog Berufsverbände – Unionsorgane . . . . .	84
b) Zum Streikrecht . . . . .	84
VII. Ausblick: Europäische und internationale Bedienstete . . . . .	85
<b>§ 8. Finanzordnung (Nettesheim) . . . . .</b>	<b>85</b>
I. Wesen und Dimension der EU-Finanzordnung . . . . .	85
II. Haushalt der Europäischen Union . . . . .	87
1. Entwicklung des Haushaltswesens der EU . . . . .	87
2. Grundlinien des EU-Haushaltsrechts . . . . .	88
a) Rechtsgrundlagen . . . . .	88
b) Haushaltsgrundsätze . . . . .	89
3. Haushaltseinnahmen der Europäischen Union . . . . .	89
a) Die Eigenmittel . . . . .	90
b) Sonstige Haushaltseinnahmen . . . . .	91
4. Haushaltsausgaben der Europäischen Union . . . . .	92
a) Kompetenzielle Begrenzung der Ausgaben . . . . .	92
b) Mehrjähriger Finanzrahmen . . . . .	92
c) Die Ausgabenstruktur . . . . .	92
5. Haushaltsverfahren, Haushaltsvollzug und Haushaltsabschluss . . . . .	94
a) Entwurf des Haushaltsplanes (Art. 314 Abs. 1 AEUV) . . . . .	94
b) Feststellung des Haushaltsplanes (Art. 314 Abs. 5 AEUV, Art. 40 HaushO) . . . . .	95
c) Haushaltsvollzug (Art. 317 AEUV, Art. 53 ff. HaushO) . . . . .	95
d) Rechnungslegung und Rechnungsprüfung (Art. 318 AEUV) . . . . .	95
e) Entlastung der Kommission (Art. 319 AEUV, Art. 164 ff. HaushO) . . . . .	95
6. Schutz der finanziellen Interessen der EU (Betrugsbekämpfung) . . . . .	95
III. Unionsfinanzierung außerhalb des Haushaltes, insbesondere Anleihen und Darlehen . . . . .	96
1. Europäischer Entwicklungsfonds (EEF) . . . . .	96
2. Anleihen und Darlehen der EU . . . . .	97
a) Zur Verschuldungsfähigkeit der EU . . . . .	97
b) Finanzierungsinstrumente der EU . . . . .	97
IV. Ausblick . . . . .	98
<b>3. Teil. Integration durch Recht</b>	
<b>§ 9. Rechtsquellen des Europäischen Unionsrechts (Nettesheim) . . . . .</b>	<b>101</b>
I. Die autonome und einheitliche Rechtsordnung des EU-Rechts . . . . .	101
1. Der Rechtskorporus des „Unionsrechts“ . . . . .	101
2. Kennzeichen der Unionsrechtsordnung . . . . .	102
a) Autonomie des Rechts . . . . .	102
b) Vergemeinschaftung des Rechtserzeugungsprozesses . . . . .	104
c) Supranationalität . . . . .	105
d) Insbesondere: Geltung, unmittelbare Anwendbarkeit und Wirkung des Unionsrechts . . . . .	105
II. Primärrecht . . . . .	107

1. Die Verträge . . . . .	108
2. Ungeschriebenes primäres Unionsrecht . . . . .	109
a) Gewohnheitsrecht . . . . .	109
b) Allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts . . . . .	110
3. Vertragsänderungen und Vertragsergänzungen . . . . .	115
a) Vertragsänderung . . . . .	115
b) Sonstige Vertragsergänzungen und -anpassungen . . . . .	117
III. Sekundäres Unionsrecht . . . . .	117
1. Das Primärrecht als Grundlage und Grenze von sekundärem Unionsrecht . . . . .	117
2. Außensteuerung im Bereich des AEUV und des EAGV . . . . .	118
a) Rechtsinstrumente – Überblick . . . . .	118
b) Verordnung . . . . .	119
c) Richtlinie . . . . .	121
d) Beschluss . . . . .	128
e) Empfehlung und Stellungnahme . . . . .	130
f) Weiche Steuerungsformen . . . . .	131
3. Außensteuerung im Bereich der GASP . . . . .	134
4. Rechtsinstrumente zur Selbstorganisation des Integrationsverbands . . . . .	134
a) Überblick . . . . .	134
b) Beschlüsse . . . . .	135
c) Entschlüsse . . . . .	135
d) Beschlüsse der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten . . . . .	136
e) Interinstitutionelle Vereinbarungen . . . . .	136
f) Sonstige Akte ohne Rechtsverbindlichkeit . . . . .	137
IV. Völkerrecht im Unionsrecht . . . . .	137
1. Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts . . . . .	138
2. Völkerrechtliche Verträge . . . . .	138
a) EU-Abkommen . . . . .	139
b) Abkommen der Mitgliedstaaten . . . . .	139
V. Auslegung des Unionsrechts . . . . .	140
1. Unionsrechtliche Auslegungsmethoden zwischen Völkerrecht und Verfassungsrecht . . . . .	140
2. Wortlautargumente . . . . .	141
3. Der systematische Kontext . . . . .	142
4. Historische Auslegung . . . . .	142
5. Teleologische Argumente . . . . .	143
6. Vertretbare, überzeugende und zwingende Entscheidungen . . . . .	144
VI. Ausblick . . . . .	145
<b>§ 10. Rang des Unionsrechts (Nettesheim) . . . . .</b>	<b>145</b>
I. Normenkollisionen zwischen EU-Recht und nationalem Recht . . . . .	146
1. Der Vorranganspruch des Unionsrechts . . . . .	146
a) Verfassungsähnliche Gründung einer autonomen Unionsrechtsordnung . . . . .	147
b) Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes . . . . .	148
c) Die europarechtliche Theorie in den Mitgliedstaaten . . . . .	148

2.	Die Akzeptanz des Vorrangs des Unionsrechts in der Rechtsprechung der Mitgliedstaaten	149
a)	Deutschland	149
b)	Andere Mitgliedstaaten	153
3.	Konsequenzen des Vorrangs: Unanwendbarkeit des nationalen Rechts („Anwendungsvorrang“)	155
II.	Normenhierarchie innerhalb des Unionsrechts	156
1.	Rang und Vorrang des Primärrechts	157
2.	Rangstufen innerhalb des Sekundärrechts	158
III.	Ausblick	159
<b>§ 11.</b>	<b>Europäische Rechtsetzung (Nettesheim)</b>	160
I.	Kompetenzen	160
1.	Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	161
2.	Formen der Kompetenzbegründung	162
a)	Art. 352 AEUV	163
b)	Implied-Powers-Lehre	164
3.	Arten der Kompetenzen	164
4.	Der Sonderfall der verstärkten Zusammenarbeit	165
5.	Kompetenzausübungsregeln	167
a)	Subsidiaritätsprinzip	167
b)	Verhältnismäßigkeitsprinzip	170
II.	Delegation von Befugnissen	170
1.	Delegierte Rechtsetzung (Art. 290 AEUV)	170
2.	Durchführungsrechtsetzung (Art. 291 AEUV)	171
3.	Sonstige Delegation	172
III.	Das Verfahren der Rechtsetzung	173
1.	Die Wandlungen des Verfahrensrechts	173
2.	Die Verfahrensarten: Überblick und Abgrenzungen	173
3.	Ausgewählte Typen des Rechtsetzungsverfahrens	175
a)	Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 294 AEUV)	175
b)	Das besondere Gesetzgebungsverfahren	180
c)	Sonstige Rechtsetzungsverfahren	181
IV.	Die Form der Rechtsetzung	181
1.	Die Bezeichnung der Rechtsakte	181
2.	Begründungspflicht	182
3.	Veröffentlichung, Bekanntgabe und Inkrafttreten	183
a)	Veröffentlichung und Bekanntgabe	183
b)	Inkrafttreten	184
V.	Bestandskraft, Änderung und Außerkrafttreten von Unionsrecht	184
1.	Gültigkeit	185
2.	Berichtigung von Rechtsakten	185
3.	Änderung von Rechtsakten	185
VI.	Ausblick	186
<b>§ 12.</b>	<b>Vollzug des Unionsrechts (Nettesheim)</b>	186
I.	Die Entstehung einer europäischen Verwaltungsrechtsordnung	187
II.	Direkter und indirekter Vollzug des Unionsrechts	189

1. Vollzug durch EU-Behörden (EU-Eigenverwaltung) . . . . .	189
a) Organisationsgewalt . . . . .	190
b) Vorgaben für Verwaltungsorganisation und -verfahren . . . . .	190
c) Zugang zu Dokumenten . . . . .	192
2. Vollzug durch mitgliedstaatliche Behörden . . . . .	193
a) Prinzip der Durchführungszuständigkeit der Mitgliedstaaten? . . . . .	194
b) Vorgaben für den mitgliedstaatlichen Vollzug des Unionsrechts . . . . .	196
c) Vollzugsdefizite . . . . .	199
III. Vollstreckung des Unionsrechts . . . . .	201
IV. Sanktionen gegenüber Privatpersonen . . . . .	201
V. Ausblick . . . . .	202
<b>§ 13. Rechtsschutz (Classen)</b> . . . . .	<b>203</b>
I. Grundlagen der Rechtsschutzgewährung . . . . .	204
1. Zur Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes durch nationale Gerichte . . . . .	205
2. Zum Zuständigkeitskatalog der europäischen Gerichtsbarkeit . . . . .	206
a) Die Zuständigkeiten der europäischen Gerichtsbarkeit . . . . .	206
b) Zu den Funktionen der europäischen Gerichtsbarkeit . . . . .	207
3. Verhältnis europäischer und nationaler (deutscher) Gerichts- zuständigkeit . . . . .	208
II. Allgemeine Prinzipien der Rechtsschutzgewährung durch die europäische Gerichtsbarkeit . . . . .	209
1. Rechtsgrundlagen . . . . .	209
2. Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb der europäischen Gerichtsbarkeit . . . . .	210
3. Zum Umfang der gerichtlichen Prüfung . . . . .	210
4. Prozessverfahren . . . . .	211
a) Schriftliches Verfahren . . . . .	211
b) Mündliches Verfahren . . . . .	211
c) Verfahrensdauer . . . . .	212
5. Urteile und ihre Wirkungen . . . . .	212
6. Rechtsmittel . . . . .	213
III. Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten (Art. 258 f. AEUV) . . . . .	214
1. Wesen des Verfahrens . . . . .	214
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	215
a) Beteiligte und Streitgegenstand . . . . .	215
b) Verfahrensrechtliche Voraussetzungen . . . . .	215
3. Urteil . . . . .	216
IV. Nichtigkeitsklage und Untätigkeitsklage (Art. 263, 265 AEUV) . . . . .	217
1. Wesen der Verfahren . . . . .	217
2. Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV) . . . . .	218
a) Klagevoraussetzungen . . . . .	218
b) Begründetheitsprüfung und Urteil . . . . .	220
3. Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV) . . . . .	221
4. Besonderheiten der Nichtigkeits- und der Untätigkeitsklage natürlicher und juristischer Personen (Art. 263 Abs. 4 und 5, 265 Abs. 3 AEUV) . . . . .	221



a) Klageberechtigter Personenkreis	221
b) Anfechtbare Rechtsakte/angreifbare Untätigkeit	222
V. Amtshaftungsklage (Art. 268 AEUV)	224
VI. Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)	225
1. Funktion des Vorabentscheidungsverfahrens	225
a) Verzahnung nationaler und europäischer Gerichtsbarkeit	225
b) Autoritative Auslegung und Gültigkeitskontrolle	226
2. Voraussetzungen einer Vorlage	226
a) Vorlageberechtigte Stelle: „Gericht“	226
b) Zulässige Frage: Auslegung von Unionsrecht, Gültigkeit von Sekundärrecht	227
c) „Entscheidungserheblichkeit“ der europäischen Norm	227
3. Vorlagepflichten	227
a) Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte	227
b) Ausnahmen von dieser Vorlagepflicht	228
c) Vorlagepflicht bei Gültigkeitsfragen	228
d) Vorlagepflicht von Verfassungs wegen	228
e) Rechtsfolgen der Missachtung der Vorlagepflicht	229
4. Verfahren und Folgen der Vorabentscheidung	229
a) Verfahrensrechtliche Aspekte	229
b) Urteil	229
5. Durchsetzung der Vorlagepflicht durch BVerfG und EGMR	229
VII. Gewährleistung einstweiligen Rechtsschutzes	230
VIII. Ausblick	231

## **§ 14. Haftung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten**

<i>(Classen)</i>	231
I. Haftung der EU im Inneren	232
1. Vertragliche Haftung der EU	232
2. Außervertragliche Haftung der EU (Art. 340 Abs. 2 AEUV)	232
a) Haftbare Stellen	233
b) Verletzung Rechte Einzelner	234
c) Qualifikation des Rechtsverstoßes	234
d) Schaden	234
e) Kausalzusammenhang von Schaden und Rechtsverstoß	235
f) Persönliche Haftung der EU-Bediensteten	235
II. Haftung der Mitgliedstaaten bei Verletzungen des Unionsrechts	235
1. Grundsatzfragen	235
2. Die einzelnen Anspruchsvoraussetzungen	237
a) Haftbare Stellen	237
b) Verletzung Rechte Einzelner	238
c) Qualifikation des Rechtsverstoßes	238
d) Schaden	239
3. Ergänzende Haftung bei Vertrauensschutz?	240
III. Ausblick	240

#### 4. Teil. Die europäische Union und ihre Bürger

<b>§ 15. Rechtsstaatliche Demokratie in der EU</b> ( <i>Nettesheim</i> )	241
I. Phasen der Diskussion um demokratische Legitimität	241
1. Die Legitimationskonstruktion der frühen Jahre: Einstimmigkeitserfordernis und Output-Orientierung	241
2. Die Ungeeignetheit überkommener Legitimationskonstruktionen	242
II. Demokratietheorie im Zeitalter der Europäisierung	244
III. Kernbausteine europäischer Demokratie	246
1. Gemeinwohldienliches Regieren („Output“) als Ausdruck von „Input“, Verfahren und Kontrolle	246
2. Freiheit und Gleichheit der Selbstregierung	248
3. Gemeinwohldienliche Regierung zwischen Distanz und Nähe	249
4. Vor-institutionelle Voraussetzungen europäischer Demokratie	251
IV. Ein „demokratisches Defizit“?	252
<b>§ 16. Unionsbürgerschaft</b> ( <i>Nettesheim</i> )	254
I. Die Herausbildung eines Bürgerstatus	254
II. Die Einwirkung der Unionsbürgerschaft auf das mitgliedstaatliche Staatsangehörigkeitsrecht	256
III. Inhaltliche Dimensionen des „Grundstatus“ der Unionsbürgerschaft	257
IV. Freizügigkeit: Schutz der positiven und der negativen Freiheit	258
1. Persönlicher Anwendungsbereich	258
2. Sachlicher Anwendungsbereich	259
a) Schutz der Freiheit zur grenzüberschreitenden Mobilität	259
b) Schutz des Rechts zum Bleiben	259
3. Beeinträchtigung	260
4. Schranken	260
V. Das Recht auf Gleichbehandlung (Art. 21 i. V. m. Art. 18 AEUV)	261
VI. Die politische Dimension der Unionsbürgerschaft	263
1. Wahlrecht bei Kommunalwahlen und zum Europäischen Parlament	263
2. Diplomatischer und konsularischer Schutz	263
3. Petitions- und sprachliche Rechte	264
VII. Ausblick	264
<b>§ 17. Europäische Grundrechte</b> ( <i>Classen/Nettesheim</i> )	265
I. Die Herausbildung der EU-Grundrechte	265
II. Die heutigen Rechtsquellen des EU-Grundrechtsschutzes	267
1. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	267
2. Die EMRK	269
a) Grundlagen der EMRK	269
b) Dogmatik der EMRK	270
c) Die Bedeutung der EMRK für den Grundrechtsschutz der EU	271
3. Das Verhältnis der in Art. 6 EUV genannten Rechtsquellen zueinander	272
III. Grundrechtslehren der EU-Grundrechte	273
1. Grundrechtliche Abwehrrechte	273
a) Adressaten	273
b) Berechtigte	275

c) Schutzbereich – Eingriff – Schranken . . . . .	275
2. Grundrechtliche Leistungspflichten . . . . .	278
IV. Einzelne Grundrechte . . . . .	279
1. Fundamentalgarantien . . . . .	279
a) Die Menschenwürde (Art. 1 GrCh) . . . . .	279
b) Recht auf Leben (Art. 2 Abs. 1 GrCh, Art. 2 EMRK) – Verbot der Todesstrafe (Art. 2 Abs. 2 GrCh, Art. 1, 6. ZP und 13. ZP) . . . . .	279
c) Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung (Art. 4 GrCh, Art. 3 EMRK) . . . . .	280
d) Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit (Art. 5 GrCh, Art. 4 EMRK) . . . . .	280
2. Freiheitsrechte . . . . .	280
a) Recht auf Achtung der Privatsphäre (Art. 7 GrCh, Art. 8 EMRK, Art. 16 AEUV) . . . . .	280
b) Schutz des Familienlebens (Art. 7 GrCh, Art. 8 EMRK) . . . . .	281
c) Schutz der Wohnung und Freiheit des Briefverkehrs (Art. 7 GrCh, Art. 8 EMRK) . . . . .	282
d) Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 10 GrCh, Art. 9 EMRK) . . . . .	282
e) Meinungs- und Medienfreiheit (Art. 11 GrCh, Art. 10 EMRK) . . . . .	283
f) Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 12 GrCh, Art. 11 EMRK) . . . . .	284
g) Berufsfreiheit (Art. 15, 16 GrCh) . . . . .	285
h) Schutz des Eigentums (Art. 17 GrCh, Art. 1 des 1. ZP) . . . . .	285
i) Freizügigkeit (Art. 45 GrCh, Art. 2–4, 4. ZP; Art. 1 des 7. ZP) . . . . .	286
3. Ansprüche auf Gleichbehandlung . . . . .	286
a) Allgemeiner Gleichheitssatz . . . . .	286
b) Die Gleichstellungspolitik der EU . . . . .	288
4. Soziale Rechte . . . . .	291
5. Justizgarantien . . . . .	291
a) Recht auf ein faires Verfahren (Art. 47 GrCh, Art. 6, 13 EMRK, Art. 2–4 des 7. ZP) . . . . .	291
b) Weitere rechtsstaatliche Garantien . . . . .	293
VI. Die äußere Überwachung: EGMR und nationale Verfassungsgerichte . . . . .	295
1. Schutz durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) . . . . .	295
a) Organisation des Gerichtshofes . . . . .	295
b) Zuständigkeiten und Verfahren . . . . .	296
c) Urteile des EGMR und ihre Folgen . . . . .	296
d) Die Kontrolle von Unionsrecht durch den EGMR . . . . .	297
2. Schutz durch die nationale Verfassungsgerichtsbarkeit . . . . .	297
VI. Ausblick . . . . .	298

## 5. Teil. Wirtschaftsordnung der Europäischen Union

<b>§ 18. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik</b> ( <i>Nettesheim</i> ) . . . . .	299
I. Die Diskussion um die Wirtschaftsverfassung der EU . . . . .	299
II. Die Fragmentiertheit der Wirtschaftsordnung . . . . .	301

1. Die Verfassung des Binnenmarktes . . . . .	302
2. Gestaltende Politik der EU – zwischen Liberalität und Interventionismus . . . . .	302
III. Allgemeine Wirtschaftspolitik der EU . . . . .	303
1. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten . . . . .	304
2. Die Stärkung der fiskal- und haushaltspolitischen Disziplin . . . . .	306
a) Der Stabilitäts- und Wachstumspakt . . . . .	306
b) Der Ausbau des Stabilisierungsregimes . . . . .	307
c) Auf dem Weg zu einer „Europäischen Wirtschaftsregierung“? . . . . .	309
3. Die „Rettungsmechanismen“ . . . . .	309
4. Wege aus der Krise . . . . .	311
IV. Wirtschaftspolitik durch Kreditvergabe: Die Europäische Investitionsbank (EIB) . . . . .	312
1. Gründung und Entwicklung der Europäischen Investitionsbank . . . . .	313
2. Status der Europäischen Investitionsbank . . . . .	313
3. Aufgaben der EIB . . . . .	314
V. Sektorielle Wirtschaftspolitiken der EU: Das Beispiel der Regional- und Strukturpolitik . . . . .	315
1. Entwicklung . . . . .	315
3. Ziele und Instrumente . . . . .	316
4. Förderumfang . . . . .	317
VI. Ausblick . . . . .	318
<b>§ 19. Währungsunion (Nettesheim) . . . . .</b>	<b>318</b>
I. Chancen und Risiken einer Währungsunion . . . . .	319
II. Der Weg in die Europäische Währungsunion 1999 . . . . .	321
III. Die Europäische Währungsunion (EWU) . . . . .	322
1. Europäische Zentralbank (EZB) . . . . .	322
a) Die Institution der EZB . . . . .	323
b) Die Unabhängigkeit der EZB . . . . .	324
c) Kapital und Währungsreserven der EZB . . . . .	325
2. Aufgaben und Ziele des Eurosystems . . . . .	325
IV. Ausblick . . . . .	327
<b>§ 20. Wettbewerbsrecht und Unternehmen (Classen) . . . . .</b>	<b>328</b>
I. Grundlagen . . . . .	328
1. Wettbewerb als Element des Binnenmarktes . . . . .	328
2. Zur Entwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts . . . . .	331
3. Grundbegriffe des europäischen Wettbewerbsrechts . . . . .	331
a) Adressaten des Wettbewerbsrechts . . . . .	332
b) Relevanter Markt . . . . .	333
c) Zwischenstaatsklausel . . . . .	334
d) Bereichsspezifische Regeln . . . . .	334
II. Das Kartellverbot und seine Ausnahmen (Art. 101 AEUV) . . . . .	334
1. Grundstruktur . . . . .	334
a) Kartellbegriff . . . . .	335
b) Wettbewerbsbeschränkung . . . . .	335
c) Spürbarkeitsklausel . . . . .	336

d) Ausnahme nach Absatz 3 . . . . .	336
e) Rechtsfolgen des Kartellverbotes . . . . .	337
2. Einzelheiten zu horizontalen und vertikalen Vereinbarungen . . . . .	337
a) Horizontale Vereinbarungen . . . . .	337
b) Vertikale Vereinbarungen . . . . .	338
III. Der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV) . . . . .	339
1. Marktbeherrschende Stellung . . . . .	339
2. Missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung . . . . .	340
3. Folgen eines Missbrauches einer marktbeherrschenden Stellung . . . . .	341
IV. Die Fusionskontrolle (FusK) . . . . .	341
1. Entstehung und Entwicklung der europäischen Fusionskontrolle . . . . .	342
2. Gegenstand der Fusionskontrolle: Zusammenschlüsse von unionsweiter Bedeutung (Art. 1, 3 FusK-VO) . . . . .	342
3. Voraussetzungen des Verbotes eines Zusammenschlusses (Art. 2 FusK-VO) . . . . .	343
4. Fusionskontrollverfahren (Art. 4 ff. FusK-VO i. V. m. VO 802/2004) und Rechtsschutz . . . . .	343
V. Nationales, europäisches und internationales Wettbewerbsrecht . . . . .	344
1. Extraterritoriale Wirkungen europäischen Wettbewerbsrechts . . . . .	344
2. Europäisches und nationales Wettbewerbsrecht . . . . .	346
VI. Die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts . . . . .	347
1. Administrative Durchführung des Wettbewerbsrechts . . . . .	347
a) Verwaltungsbefugnisse der Kommission . . . . .	347
b) Sanktionsbefugnisse der Kommission . . . . .	348
c) Aufgaben und Befugnisse der nationalen Behörden . . . . .	349
2. Rechtsschutz . . . . .	349
a) Rechtsschutz vor den europäischen Gerichten . . . . .	349
b) Rechtsschutz vor nationalen Gerichten . . . . .	350
c) Private Rechtsdurchsetzung vor nationalen Gerichten . . . . .	350
VII. Ausblick: Erfolge und Zukunft der europäischen Wettbewerbspolitik . . . . .	351

**§ 21. Wettbewerbsrecht und der Staat: Beihilfen, Daseinsvorsorge und öffentliche Aufträge (Classen) . . . . . 352**

I. Grundlagen: Das wirtschaftliche Engagement des Staates im Binnenmarkt . . . . .	352
II. Das Verbot nationaler Beihilfen und seine Ausnahmen . . . . .	353
1. Grundlagen: Subventionen im europäischen Binnenmarkt . . . . .	353
2. Die Unvereinbarkeitsklausel des Art. 107 Abs. 1 AEUV . . . . .	355
a) Gewähren eines wirtschaftlichen Vorteils („Begünstigung“) . . . . .	355
b) Gewährung staatlicherseits . . . . .	355
c) Begünstigte: Unternehmen . . . . .	356
d) Selektivität der Zuwendung . . . . .	356
e) Wettbewerbsverfälschung . . . . .	357
f) Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten . . . . .	357
3. Legalausnahmen und Ausnahmen nach Ermessen der Kommission . . . . .	358
a) Legalausnahmen (Art. 107 Abs. 2 AEUV) . . . . .	359
b) Ausnahmen nach Ermessen (Art. 107 Abs. 3 AEUV) . . . . .	359
4. Verhältnis zu anderen Regelungen des Unionsrechts . . . . .	362

a)	Verhältnis des Beihilferechts zu anderen Vertragsregelungen . . . . .	362
b)	Beihilferegime und Drittländer . . . . .	363
5.	Europäisches Beihilfeverfahren . . . . .	363
a)	Grundlagen . . . . .	363
b)	Kontrolle bestehender Beihilfen („repressive“ Kontrolle) . . . . .	364
c)	Kontrolle neuer Beihilfen (präventive Kontrolle) . . . . .	364
d)	Rechtswidrige Beihilfen und ihre Kontrolle . . . . .	365
e)	Rückforderung rechtswidriger Beihilfen . . . . .	366
6.	Rechtsschutz . . . . .	367
a)	Rechtsschutz vor der europäischen Gerichtsbarkeit . . . . .	367
b)	Rechtsschutz vor der nationalen Gerichtsbarkeit . . . . .	368
III.	Öffentliche Unternehmen, Daseinsvorsorge und Wettbewerbsordnung . . . . .	369
1.	Das Grundproblem . . . . .	369
2.	Grundsätze . . . . .	371
a)	Wettbewerbliche Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen . . . . .	371
b)	Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge/Service public) . . . . .	371
c)	Insbesondere: Beihilferechtliche Fragen . . . . .	372
3.	Praxis der europäischen Liberalisierung bei den Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse . . . . .	374
a)	Telekommunikation (TK) . . . . .	374
b)	Post . . . . .	375
c)	Sparkassen und Landesbanken . . . . .	375
d)	Weitere Bereiche . . . . .	375
IV.	Öffentliche Aufträge (Vergabewesen) . . . . .	376
1.	Grundlagen . . . . .	376
2.	Entwicklung des Sekundärrechts und deutsche Umsetzung . . . . .	377
3.	Anwendungsbereich . . . . .	378
4.	Vergabeverfahren . . . . .	380
5.	Rechtsschutz . . . . .	381
6.	Vergabeentscheidungen jenseits des Anwendungsbereichs der Richtlinien . . . . .	381
V.	Ausblick . . . . .	381

## 6. Teil. Binnenmarkt I: Warenverkehr und Dienstleistungen

<b>§ 22.</b>	<b>Binnenmarkt – Freier Warenverkehr (Classen)</b> . . . . .	383
I.	Grundlage: Der Binnenmarkt . . . . .	383
1.	Sinn und Zweck der Grundfreiheiten . . . . .	384
2.	Adressaten der Grundfreiheiten . . . . .	385
3.	Struktur der Prüfung der Grundfreiheiten . . . . .	386
4.	Zur Inländerdiskriminierung . . . . .	387
5.	Negative und positive Integration . . . . .	388
6.	Erfolge und Probleme der Marktintegration . . . . .	388
II.	Die Warenverkehrsfreiheit als Kern des Binnenmarktes . . . . .	389
1.	Ware . . . . .	389
2.	Unionswaren und Freiverkehrswaren . . . . .	389

3. Inhalt der Warenverkehrsfreiheit . . . . .	390
4. Die Entwicklung des freien Warenverkehrs seit 1958 . . . . .	390
III. Marktliberalisierung I: Die Zollunion . . . . .	390
1. Abschaffung der Binnenzölle (Art. 28 ff. AEUV) . . . . .	390
2. Abschaffung der Abgaben zollgleicher Wirkung . . . . .	391
IV. Marktliberalisierung II: Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34 ff. AEUV) . . . . .	392
1. Anwendungsbereich . . . . .	392
2. Verbot mengenmäßiger Beschränkungen . . . . .	392
3. Verbot der Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen (MgW) . . . . .	393
a) Definition der MgW für die Wareneinfuhr durch die „Dassonville“-Formel . . . . .	393
b) Eingrenzungen: Keck-Formel, Nutzungsbeschränkungen u. a. . . . .	394
c) MgW bei der Beschränkung der Warenausfuhr . . . . .	395
4. Mögliche Rechtfertigung von mengenmäßigen Beschränkungen und MgW: . . . . .	395
a) Ausnahmen vom Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen und MgW nach Maßgabe von Art. 36 AEUV . . . . .	395
b) Die „Cassis-Doktrin“: Rechtfertigung durch zwingende Erfordernisse des Handelsverkehrs . . . . .	396
V. Nichtdiskriminierende Umformung staatlicher Handelsmonopole . . . . .	397
1. Umformungsgebot . . . . .	398
2. Handels- und Finanzmonopole . . . . .	398
VI. Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung des freien Warenverkehrs . . . . .	399
1. Binnenmarktschädliche Aktionen Privater . . . . .	399
2. Rechtsangleichung im Kontext der Warenverkehrsfreiheit . . . . .	400
VII. Ausblick . . . . .	401
<b>§ 23. Energiepolitik (Classen) . . . . .</b>	<b>402</b>
I. Grundlagen . . . . .	402
1. Die Bedeutung der Energiepolitik für die europäische Integration . . . . .	402
2. Die Entwicklung der europäischen Energiepolitik . . . . .	403
II. Primärrechtliche Grundlagen und sekundärrechtliche Ausformung der Energiepolitik (ohne Kernenergie) . . . . .	404
1. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Energiepolitik . . . . .	404
2. Sekundärrechtliche Ausformungen für die einzelnen Energiearten . . . . .	405
a) Erdöl und Kohle als wie normale Waren handelbare Energieträger . . . . .	405
b) Die leitungsgebundenen Energieträger Erdgas und Elektrizität . . . . .	405
c) Ökologische Aspekte der Energiepolitik: Energieeinsparung und Klimaschutz . . . . .	406
d) Außenbeziehungen . . . . .	407
III. Das Kernenergieregime von EURATOM . . . . .	407
1. Entwicklung von EURATOM und der Nutzung der Kernenergie in der EU . . . . .	408
2. Grundstruktur des EAG-Vertrages . . . . .	408
3. Aufgaben von EURATOM . . . . .	409
a) Versorgung mit Brennstoffen . . . . .	409

b) Gesundheitsschutz und nukleare Sicherheit . . . . .	409
c) Weiterentwicklung der Kernenergie (Forschung/Gemeinsame Unternehmen) . . . . .	409
IV. Ausblick . . . . .	410
<b>§ 24. Landwirtschaft und Fischerei (Classen) . . . . .</b>	<b>410</b>
I. Landwirtschaft und Fischerei: Administrierter Teil des Binnenmarktes . . . . .	410
1. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und Binnenmarkt . . . . .	410
2. Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik . . . . .	411
II. Primärrechtliche Grundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik . . . . .	412
1. Zum Begriff der Landwirtschaft . . . . .	412
2. Inhaltliche Vorgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik . . . . .	412
a) Ziele der Agrarpolitik (Art. 39 AEUV) . . . . .	412
b) Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik . . . . .	412
c) Gemeinsame Agrarpolitik und allgemeine Vertragsregelungen . . . . .	413
3. Die Rechtsgrundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik . . . . .	414
III. Sekundärrechtliche Ausgestaltung der Landwirtschaftspolitik . . . . .	415
1. Die Europäischen Marktordnungen im Bereich der Landwirtschaft . . . . .	415
a) Finanzrelevante Regeln für den Agrarinnenmarkt . . . . .	416
b) Agrarrechtsangleichung . . . . .	416
c) Ergänzende Marktregelungen . . . . .	417
d) Regeln für den Agraraußenhandel . . . . .	417
2. Agrarstrukturpolitik („Entwicklung des ländlichen Raumes“) . . . . .	417
a) Aufgaben und Grundlagen der Agrarstrukturpolitik . . . . .	418
b) Entwicklung der Agrarstrukturpolitik . . . . .	418
c) Stand der Agrarstrukturpolitik . . . . .	418
3. Verwaltung und Finanzierung der Marktordnungen . . . . .	419
a) Agrarverwaltung . . . . .	419
b) Gemeinsame Agrarfinanzierung . . . . .	419
IV. Gemeinsame Fischereipolitik . . . . .	420
1. Tatsächliche Besonderheiten der Gemeinsamen Fischereipolitik . . . . .	421
2. Gemeinsame Fischereipolitik und Internationales Seerecht . . . . .	421
3. Entwicklung der Gemeinsamen Fischereipolitik . . . . .	421
4. Stand der Gemeinsamen Fischereipolitik . . . . .	422
a) Erhaltung der Fischbestände . . . . .	422
b) Gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse . . . . .	423
c) EU-Außenbeziehungen in der Fischereipolitik . . . . .	423
V. Ausblick . . . . .	424
<b>§ 25. Freier Dienstleistungsverkehr (Classen) . . . . .</b>	<b>424</b>
I. Grundlagen: Die Dienstleistungsfreiheit als Teil des Binnenmarktes . . . . .	424
II. Marktliberalisierung im Bereich des Dienstleistungsverkehrs: Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 ff. AEUV) . . . . .	425
1. Anwendungsbereich der Dienstleistungsfreiheit . . . . .	426
a) Dienstleistung . . . . .	426
b) Ausnahmetatbestand: Ausübung öffentlicher Gewalt . . . . .	426
c) Grenzüberschreitung der Dienstleistung . . . . .	427
d) Keine Harmonisierung durch die Union . . . . .	428



e) Personeller Anwendungsbereich . . . . .	428
2. Das Verbot von Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit . . . . .	428
3. Rechtfertigung für Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit . . . . .	429
a) Grenzen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit (Art. 52 AEUV) . . . . .	429
b) Immanente Grenzen der zwingenden Allgemeininteressen . . . . .	430
III. Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung des freien Dienstleistungsverkehrs . . . . .	431
1. Grundlagen . . . . .	431
2. Dienstleistungsrichtlinie . . . . .	431
3. Berufsbezogene Regelungen . . . . .	432
a) Anerkennung von Berufsqualifikationen . . . . .	433
b) Rechtsanwälte und Notare im Besonderen . . . . .	434
4. Entsenderichtlinie . . . . .	434
5. Aufenthaltsrechtliche Begleitrechte . . . . .	435
IV. Ausblick . . . . .	435
<b>§ 26. Verkehr (Classen) . . . . .</b>	<b>436</b>
I. Die Verkehrspolitik im Binnenmarkt . . . . .	436
1. Doppelfunktion des Verkehrs im Binnenmarkt . . . . .	436
2. Entwicklung der Gemeinsamen Verkehrspolitik seit 1958 . . . . .	436
II. Primärrechtliche Grundlagen der Gemeinsamen Verkehrspolitik . . . . .	437
1. Inhaltliche Vorgaben für die gemeinsame Verkehrspolitik . . . . .	437
2. Kompetenzgrundlagen der Gemeinsamen Verkehrspolitik . . . . .	438
3. Der Verkehr und die sonstigen Vertragsregeln . . . . .	438
III. Sekundärrechtliche Ausformung der Liberalisierung des Verkehrs . . . . .	439
1. Liberalisierung bei der Erbringung von Verkehrsdienstleistungen . . . . .	439
2. Bereitstellung und Nutzung der Infrastruktur . . . . .	440
3. Personenbezogene Regeln (Fahrerlaubnisse etc.) . . . . .	442
IV. Sekundärrechtliche Ausformung der Sicherung des Wettbewerbs . . . . .	443
1. Preisregelungen . . . . .	443
2. Beihilfenrecht . . . . .	443
3. Standards für Beschäftigte und Nutzer . . . . .	444
a) Sozialstandards für Beschäftigte . . . . .	444
b) Verbraucherschutz (Fahrgastrechte etc.) . . . . .	445
4. Sonstige Regelungen . . . . .	445
V. Maßnahmen im Bereich der Verkehrssicherheit und sonstige Maßnahmen . . . . .	445
1. Maßnahmen der Rechtsangleichung . . . . .	445
2. Institutionelle Regelungen . . . . .	446
VI. Internationale Beziehungen in der Verkehrspolitik . . . . .	446
1. Landverkehr und Binnenschifffahrt . . . . .	446
2. Seeverkehr . . . . .	447
3. Luftverkehr . . . . .	447
VII. Transeuropäische Netze (TEN) . . . . .	448
1. Konzept der Transeuropäischen Netze . . . . .	448
2. System des Titels Transeuropäische Netze . . . . .	448
a) Ziele . . . . .	448

b) Instrumentarium . . . . .	448
c) Finanzierung . . . . .	449
d) Verhältnis der TEN-Politik zu den Sachpolitiken des AEUV . . . . .	449
3. Zur Entwicklung der TEN-Politik seit 1993 . . . . .	449
a) Verkehr . . . . .	449
b) Telekommunikation . . . . .	450
c) Energie . . . . .	450
VIII. Ausblick: Perspektiven für den Verkehrsbinnenmarkt . . . . .	450

**7. Teil. Binnenmarkt II: Personen, Unternehmen und Soziales**

<b>§ 27. Freizügigkeit der Arbeitnehmer (<i>Nettesheim</i>) . . . . .</b>	<b>451</b>
I. Die Bedeutung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Binnenmarkt . . . . .	451
II. Marktliberalisierung: Die Gewährleistung der Arbeitnehmerfreizügigkeit . . . . .	453
1. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten . . . . .	453
2. Vorrangiges Sekundärrecht . . . . .	454
3. Gewährleistungsbereich . . . . .	454
a) Berechtigte der Arbeitnehmerfreizügigkeit . . . . .	454
b) Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	456
c) Bereichsausnahme nach Art. 45 Abs. 4 AEUV . . . . .	457
d) Räumlicher Geltungsbereich . . . . .	458
e) Adressaten der Arbeitnehmerfreizügigkeit . . . . .	458
4. Gewährleistungsumfang . . . . .	459
a) Diskriminierungsverbot (Art. 45 Abs. 2 AEUV) . . . . .	459
b) Beschränkungsverbot . . . . .	460
5. Rechtfertigung . . . . .	462
a) Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit . . . . .	462
b) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses . . . . .	463
III. Verwirklichung der Arbeitnehmerfreizügigkeit . . . . .	464
1. Staatliche Schutzpflichten . . . . .	464
2. Sekundärrechtliche Herstellung der Freizügigkeit . . . . .	464
a) Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer . . . . .	464
b) Die Freizügigkeit der Familienangehörigen . . . . .	465
3. Gleichstellung im Aufenthaltsstaat . . . . .	465
a) Überblick . . . . .	465
b) Soziale Begleitrechte . . . . .	466
c) Der Zugang zur Bildung . . . . .	467
4. Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit . . . . .	467
IV. Ausblick . . . . .	468
<b>§ 28. Niederlassungsfreiheit (<i>Nettesheim</i>) . . . . .</b>	<b>469</b>
I. Die Bedeutung der Niederlassungsfreiheit im Binnenmarkt . . . . .	469
II. Marktliberalisierung: Die Gewährleistung grenzüberschreitender Mobilität . . . . .	470
1. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten . . . . .	470
2. Vorrangiges Primär- und Sekundärrecht . . . . .	471
3. Gewährleistungsbereich . . . . .	471
a) Berechtigte der Niederlassungsfreiheit . . . . .	471

b) Sachlicher Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit . . . . .	473
c) Bereichsausnahmen bei Tätigkeiten in Ausübung öffentlicher Gewalt . . . . .	475
d) Räumlicher Geltungsbereich . . . . .	476
e) Adressaten der Niederlassungsfreiheit . . . . .	476
4. Beschränkung der Niederlassungsfreiheit . . . . .	477
5. Schranken der Niederlassungsfreiheit . . . . .	478
a) Art. 52 Abs. 1 AEUV: Grenzen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit . . . . .	478
b) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe . . . . .	478
III. Begleitrechte der Niederlassungsfreiheit . . . . .	479
IV. Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit . . . . .	480
V. Ausblick . . . . .	481
<b>§ 29. Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik (Classen) . . . . .</b>	<b>482</b>
I. Grundlagen: Das „Europäische Sozialmodell“ . . . . .	482
1. Zur Wechselbeziehung von Sozial- und Wirtschaftspolitik . . . . .	483
2. Entwicklung der Europäischen Sozialpolitik seit 1958 . . . . .	483
3. Primärrechtliche Vorgaben im Bereich der Sozialpolitik . . . . .	484
a) Soziale Grundrechte und soziale Aspekte der Grundfreiheiten . . . . .	484
b) Soziale „Grenzen“ des Wettbewerbs im Binnenmarkt . . . . .	486
II. Sozialpolitische Kompetenzen der EU und ihre Handhabung . . . . .	486
1. Arbeitsrechtliche Harmonisierung (Art. 153 Abs. 1 lit. a) bis i) AEUV) . . . . .	486
a) Allgemeines . . . . .	486
b) Arbeitsschutz („Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer“ – Art. 153 Abs. 1 lit. a) AEUV) . . . . .	487
c) Individuelles Arbeitsvertragsrecht (Art. 153 Abs. 1 lit. b) und d) AEUV) . . . . .	488
d) Kollektives Arbeitsrecht (Art. 153 Abs. 1 lit. d), e), f) AEUV) . . . . .	488
2. Maßnahmen der offenen Koordinierung in den sonstigen Bereichen . . . . .	489
3. Sozialer Dialog . . . . .	489
III. Europäische Beschäftigungspolitik . . . . .	490
IV. Europäischer Sozialfonds (ESF) . . . . .	490
1. Entstehung und Entwicklung des Europäischen Sozialfonds . . . . .	490
2. Tätigkeit des ESF . . . . .	491
V. Ausblick: Soziale Dimension des Binnenmarktes oder Sozialunion? . . . . .	491

## 8. Teil. Binnenmarkt III: Finanzverkehr

<b>§ 30. Kapital- und Zahlungsverkehr (Nettesheim) . . . . .</b>	<b>493</b>
I. Grundlagen . . . . .	493
II. Die primärrechtlichen Regelungen des Kapital- und Zahlungsverkehrs . . . . .	494
1. Liberalisierung des Kapitalmarktes . . . . .	495
a) Verhältnis zu den anderen Grundfreiheiten . . . . .	495
b) Anwendungsbereich der Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	496
c) Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	497
d) Rechtfertigung von Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	498
2. Gewährleistungspflichten . . . . .	499

3. Freiheit des Zahlungsverkehrs . . . . .	499
III. Ausblick . . . . .	500
<b>§ 31. Finanzmärkte (Nettesheim)</b> . . . . .	500
I. Liberalisierungs- und Harmonisierungsmaßnahmen zur Herstellung des Europäischen Finanzraums . . . . .	502
II. Akteure und Finanzprodukte . . . . .	502
III. Börsen- und Wertpapierrecht . . . . .	503
IV. Rahmenbedingungen . . . . .	504
V. Ausblick: Vollendung des Europäischen Finanzraums? . . . . .	505

## 9. Teil. Rechtsangleichung und Koordination

<b>§ 32. Grundfragen der Rechtsangleichung (Classen)</b> . . . . .	506
I. Funktion und Entwicklung der Rechtsangleichung in der EU . . . . .	506
1. Bedeutung und Probleme der EU-Rechtsangleichung . . . . .	506
2. Entwicklung der europäischen Rechtsangleichung . . . . .	508
II. Rechtsangleichung im Binnenmarkt (Art. 114 ff. AEUV) . . . . .	509
1. Die zentrale Rechtsangleichungsnorm des Art. 114 AEUV . . . . .	509
a) Voraussetzungen der Rechtsangleichung . . . . .	509
b) Rechtsfolgen der Rechtsangleichung – nationale Alleingänge . . . . .	512
2. Weitere Kompetenzen . . . . .	513
a) Rechtsangleichung nach Art. 115 AEUV . . . . .	513
b) Behandlung von Wettbewerbsverzerrungen (Art. 116, 117 AEUV) . . . . .	513
c) Rechtstitel zum Schutz geistigen Eigentums (Art. 118 AEUV) . . . . .	513
III. Rechtsangleichung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR; Art. 67 ff. AEUV) . . . . .	513
1. Grundlagen des RFSR . . . . .	514
2. Inhaltliche Elemente des RFSR . . . . .	514
3. Sonderregelungen im Bereich des RFSR . . . . .	515
a) Verfahrensmäßige Sonderregeln . . . . .	515
b) Sonderstatus des Vereinigten Königreiches, von Irland und von Dänemark . . . . .	516
IV. Sonstige Rechtsangleichungskompetenzen . . . . .	516
1. Bereichsspezifische Angleichungskompetenzen . . . . .	516
2. Ergänzende Rechtsangleichung nach Art. 352 AEUV . . . . .	517
V. Instrumente der Rechtsangleichung . . . . .	518
1. Richtlinien und intensivere Formen der Rechtsangleichung . . . . .	518
2. Intensität der Harmonisierung . . . . .	518
3. Zur Fortentwicklung angeglichenen Rechts . . . . .	519
4. Richterrechtliche Rechtsangleichung durch den Gerichtshof . . . . .	519
5. Rechtsangleichung jenseits der Verträge innerhalb und außerhalb der Union . . . . .	519
VI. Ausblick: Rechtsangleichung – eine „unendliche Geschichte“ . . . . .	520
<b>§ 33. Umwelt, Gesundheit, Polizei und Ausländer, Datenschutz:</b> <b>Zur Europäisierung des öffentlichen Rechts (Classen)</b> . . . . .	521
I. Grundfragen . . . . .	521
1. Verfassungsrecht . . . . .	521

2. Verwaltungsrecht . . . . .	522
a) Grundsatzfragen . . . . .	522
b) Bereichsübergreifende Herausforderungen für das allgemeine Verwaltungsrecht . . . . .	523
c) Bereichsübergreifende Herausforderungen für das Verwaltungsprozessrecht . . . . .	524
II. Umwelt . . . . .	525
1. Die Herausbildung einer europäischen Umweltpolitik . . . . .	525
2. Primärrechtliche Grundlagen der EU-Umweltpolitik . . . . .	526
a) Spezifische Vorgaben für die Umweltpolitik (Art. 191 ff. AEUV) . . . . .	526
b) Die Bedeutung der Umweltpolitik für die sonstige Unionspolitik (Art. 11 und 114 Abs. 3 AEUV) . . . . .	527
3. Zuständigkeiten im Bereich der EU-Umweltpolitik . . . . .	528
a) Rechtsetzungskompetenz im Umweltbereich (Art. 192 Abs. 1–3 AEUV) . . . . .	528
b) Die Umweltaußenkompetenz der EU (Art. 191 Abs. 4 AEUV) . . . . .	529
c) Nationale Regelungsspielräume (Art. 193 AEUV) . . . . .	529
4. Die sekundärrechtliche Ausformung des allgemeinen Umweltrechts . . . . .	530
5. Die sekundärrechtliche Ausformung des medienbezogenen Umweltrechts . . . . .	531
a) Naturschutz . . . . .	531
b) Gewässerschutz . . . . .	532
c) Luftreinhaltung und Klimaschutz . . . . .	533
d) Lärmschutz . . . . .	534
e) Abfallrecht . . . . .	534
f) Gefährliche Stoffe, insbesondere Chemikalien . . . . .	535
g) Biotechnologie und Gentechnik . . . . .	536
6. Die Beteiligung der EU am internationalen Umweltschutz . . . . .	537
7. Konsequenzen für das deutsche Recht . . . . .	537
8. Tierschutz . . . . .	538
III. Gesundheit . . . . .	538
1. Grundlagen und Entwicklung der europäischen Gesundheitspolitik . . . . .	538
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Gesundheitspolitik . . . . .	539
a) Allgemeines . . . . .	539
b) Apotheken, Krankenhäuser und Krankenkassen und das allgemeine Wirtschaftsrecht . . . . .	539
c) Kompetenzen im Bereich der europäischen Gesundheitspolitik nach Art. 168 AEUV . . . . .	541
d) Sonstige gesundheitsrelevante Zuständigkeiten der EU . . . . .	541
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Gesundheits- politik . . . . .	542
a) Harmonisierung des Arzneimittel- und Medizinprodukterechts sowie Regelung der Organtransplantation . . . . .	542
b) Die Sicherung der grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung . . . . .	542
c) Gesundheitsprogrammatische Aktionen der Unionsorgane . . . . .	543
4. Die sekundärrechtliche Ausformung des Lebensmittelrechts . . . . .	543
IV. Polizei- und Ausländerrecht („Schengen“) . . . . .	544

1. Abbau der Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen und Sicherung der Außengrenzen . . . . .	545
2. Die Politik gegenüber Drittstaatsangehörigen . . . . .	546
3. Polizeikooperation . . . . .	548
4. Terrorismusbekämpfung . . . . .	548
V. Datenschutzrecht . . . . .	549
VI. Ausblick . . . . .	550

### § 34. **Forschung, Bildung, Kultur und Rundfunk: Zur Europäisierung des Kulturverwaltungsrechts** (*Classen*) . . . . .

I. Forschung und Technologische Entwicklung . . . . .	550
1. Grundlagen der Forschungs- und Technologiepolitik . . . . .	551
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik . . . . .	551
3. Sekundärrechtliche Ausformung der Europäischen Forschungs- und Technologiepolitik . . . . .	552
4. Exkurs: Europäische Forschungsförderung außerhalb der EU (EUREKA, COST u. a.) . . . . .	553
5. Die Förderung der Raumfahrt . . . . .	553
II. Bildung und Sport . . . . .	554
1. Entwicklung der europäischen Bildungsaktivitäten . . . . .	554
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Bildungspolitik . . . . .	554
a) Spezifische Kompetenzen für die Bildungspolitik . . . . .	555
b) Allgemeines Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV) und Freizügigkeitsrecht (Art. 21 AEUV) . . . . .	555
c) Weitere bildungsrelevante Regelungen . . . . .	556
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Bildungspolitik . . . . .	556
4. Europäische Bildungspolitik jenseits der Verträge . . . . .	557
a) EU-externe Bildungseinrichtungen . . . . .	557
b) Der Bologna-Prozess und die gegenseitige Anerkennung von Studienzeiten . . . . .	558
5. Europa und der Sport . . . . .	558
a) Der Sport und das europäische Wirtschaftsrecht . . . . .	559
b) Sportpolitische Aktivitäten . . . . .	560
III. Kultur . . . . .	560
1. Grundlagen: Die Europäische Integration und die Kultur . . . . .	560
a) „Kultur“ im Zusammenhang der Unionsverträge . . . . .	560
b) Entwicklung des kulturellen Engagements der EU . . . . .	561
2. Die primärrechtlichen Grundlagen der europäischen Kulturpolitik . . . . .	561
a) Zum Kulturbegriff . . . . .	561
b) Die spezifische Kulturkompetenz (Art. 167 AEUV) . . . . .	562
c) Die Kultur und das allgemeine Vertragsrecht . . . . .	562
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Kulturpolitik . . . . .	563
a) Spezifisch kulturpolitisch ausgerichtete Akte . . . . .	563
b) Maßnahmen zur Sicherung der Besonderheiten der Kultur im Wirtschaftsleben . . . . .	564
4. Europäische Kulturpolitik außerhalb der EU-Verträge . . . . .	564
IV. EU-Rundfunkordnung . . . . .	565

1. Entwicklung der europäischen Rundfunkordnung . . . . .	565
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Rundfunkordnung . .	566
a) Grundfreiheiten . . . . .	566
b) Wettbewerbsrecht . . . . .	566
c) Grundrechte . . . . .	567
3. Europäische Harmonisierung des Rundfunkrechts . . . . .	567
V. Ausblick . . . . .	568
<b>§ 35. Steuern (Nettesheim)</b> . . . . .	568
I. Grundlagen . . . . .	568
1. Verbot der Steuerdiskriminierung und Kompetenzen zur Steuerharmonisierung . . . . .	569
a) Begrenzte Aufgaben der EU im Steuerbereich . . . . .	569
b) Harmonisierung indirekter Steuern als Schwerpunktbereich . . . .	570
c) Harmonisierung direkter Steuern vs. Systemwettbewerb . . . . .	570
2. Unionssteuern . . . . .	571
II. Verbot der Steuerdiskriminierung (Art. 110 AEUV) . . . . .	572
1. Die Bedeutung des Diskriminierungsverbots nach Art. 110 AEUV . .	572
a) Sicherung der Wettbewerbsneutralität . . . . .	572
b) Bestimmungslandprinzip und Diskriminierungsverbot . . . . .	573
c) Besteuerung „hinter der Grenze“ und Diskriminierungsverbot . . .	574
2. Abgrenzung zu anderen Regelungen des Vertrags . . . . .	574
a) Zollgleiche Abgaben und parafiskalische Abgaben . . . . .	574
b) Maßnahmen im Sinne von Art. 37 AEUV – Handelsmonopole . .	575
c) Beihilfen . . . . .	575
3. Anwendungsvoraussetzungen des Art 110 Abs. 1 AEUV . . . . .	575
a) Abgaben i. S. von Art. 110 AEUV . . . . .	575
b) Gleichartigkeit der Waren . . . . .	576
c) Vorliegen einer Schlechterstellung . . . . .	576
4. Anwendungsvoraussetzungen des Art. 110 Abs. 2 AEUV . . . . .	576
III. Die Harmonisierung der mitgliedstaatlichen Steuersysteme . . . . .	577
1. Sinn und Grenzen der EU-Steuerharmonisierung . . . . .	577
2. EU-Recht und indirekte Steuern . . . . .	578
3. EU-Recht und direkte Steuern . . . . .	581
a) Kompetenzen . . . . .	581
b) Die Besteuerung der Einkünfte natürlicher Personen . . . . .	582
c) Unternehmensbesteuerung . . . . .	582
4. Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen . . . . .	583
IV. Ausblick . . . . .	583
<b>§ 36. Verbraucherschutz, geistiges Eigentum, Gesellschaftsrecht, Kollisions- und Prozessrecht: Zur Europäisierung des Privatrechts (Classen)</b> . . . . .	584
I. Grundsatzfragen . . . . .	584
1. Probleme der Privatrechtsharmonisierung . . . . .	584
2. Gemeinsamer Referenzrahmen . . . . .	585
3. Optionales Vertragsrecht . . . . .	585
II. Verbraucherschutz . . . . .	586

1. Grundlagen und Entwicklung der europäischen Verbraucher- schutzpolitik . . . . .	586
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Verbraucher- schutzpolitik . . . . .	587
a) Aufgaben des Verbraucherschutzes . . . . .	587
b) Rechtsetzungskompetenzen im Bereich des Verbraucherschutzes (Art. 169 Abs. 2 und 3 AEUV) . . . . .	588
c) Sonstige vertragliche Regelungen zum Verbraucherschutz . . . . .	588
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Verbraucher- schutzpolitik . . . . .	588
a) Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher . . . . .	589
b) Schutz der Wirtschaftsinteressen . . . . .	589
c) Wiedergutmachung von Schäden . . . . .	590
d) Rechtsdurchsetzung . . . . .	590
e) Lauterkeitsrecht . . . . .	591
III. Das geistige Eigentum im Binnenmarkt . . . . .	591
1. Geistiges Eigentum und die materiellen Regeln des Vertragsrechts . . . . .	591
2. Die Schaffung eines europäischen Rechts des geistigen Eigentums . . . . .	593
a) Kompetenzrechtliche Grundlagen . . . . .	593
b) Patentrecht . . . . .	593
c) Markenrecht . . . . .	594
d) Geschmacksmuster, Sorten u. ä. . . . .	594
e) Urheberrecht . . . . .	595
f) Rechtsdurchsetzung . . . . .	595
IV. Gesellschafts- und Unternehmensrecht . . . . .	595
1. Grundfragen . . . . .	596
2. Gesellschaftsrechtliche Rechtsangleichung . . . . .	597
3. Europäische Juristische Personen . . . . .	597
V. Prozess- und Kollisionsrecht . . . . .	598
1. Verfahrensrecht . . . . .	599
2. Kollisionsrecht . . . . .	601
3. Familien- und Erbrecht . . . . .	602
VI. Ausblick . . . . .	603
<b>§ 37. Zur Europäisierung des Strafrechts (Classen) . . . . .</b>	<b>603</b>
I. Grundlagen der Europäisierung des Strafrechts . . . . .	604
II. Die Angleichung des materiellen Strafrechts (Art. 83 AEUV) . . . . .	605
III. Die Europäisierung des Strafverfahrensrechts . . . . .	606
1. Zum Strafverfahrensrecht i. e. S. (Art. 82 AEUV) . . . . .	606
2. Eurojust und Europäische Staatsanwaltschaft (Art. 86 AEUV) . . . . .	608
IV. Ausblick . . . . .	608

## 10. Teil. Außendimension der Europäischen Union

<b>§ 38. Gemeinsame Außenpolitik: Kompetenzen, Instrumente, Institutionen (Nettesheim) . . . . .</b>	<b>609</b>
I. Die Außenbeziehungen der EU zwischen Integration und Intergouvernementalismus . . . . .	609



II. Grundlagen der auswärtigen Gewalt der EU . . . . .	612
1. Völkerrechtsfähigkeit . . . . .	613
2. Grundlegende Rechtsstellung . . . . .	613
III. Rechtsgrundlagen der EU-Außenbeziehungen . . . . .	614
1. Kompetenzen . . . . .	614
a) Explizite und implizite Zuständigkeiten . . . . .	615
b) Ausschließliche Zuständigkeiten . . . . .	617
c) Parallele Außenzuständigkeiten . . . . .	618
2. Vertragsschließungsverfahren des AEUV (Art. 218 AEUV) . . . . .	618
a) Allgemeines . . . . .	618
b) Die Phasen des Vertragsschlusses . . . . .	619
c) Bindungswirkung der Abkommen (Art. 216 Abs. 2 AEUV) . . . . .	620
IV. Ausblick . . . . .	621

**§ 39. Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

<i>(Nettesheim)</i> . . . . .	622
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) . . . . .	622
1. Die rechtlich/institutionelle Regelung der GASP im EU-Vertrag (Art. 23–41 EUV) . . . . .	624
2. Institutionelle Struktur der GASP (Art. 26 ff. EUV) . . . . .	624
a) Der Europäische Rat (Art. 26 EUV) . . . . .	624
b) Der Rat (Art. 26 Abs. 2 EUV) . . . . .	625
c) Der Hohe Vertreter (Art. 27 EUV) und der Europäische Auswärtige Dienst . . . . .	625
d) Die Kommission und das Europäische Parlament . . . . .	626
e) Sonderbeauftragte (Art. 33 EUV) . . . . .	627
3. Rechtsinstrumente der GASP (Art. 25 EUV) . . . . .	627
a) Allgemeine Leitlinien . . . . .	627
b) Beschlüsse . . . . .	627
c) Ausbau der systematischen Zusammenarbeit . . . . .	628
d) Abschluss von Übereinkünften mit Drittstaaten und Internationalen Organisationen (Art. 37 EUV) . . . . .	629
4. Finanzierung der GASP (Art. 41 EUV) . . . . .	629
5. Die zwispältige Rechtsgestalt der GASP . . . . .	629
II. Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik . . . . .	630
1. Zwischenschritte auf einem mühsamen Weg . . . . .	630
2. Institutionelle Strukturen der GSVP . . . . .	631
a) Übergreifende Strukturen . . . . .	632
b) Besondere GSVP-Einrichtungen . . . . .	632
c) Umfeld der GSVP . . . . .	633
3. Ziele und Aufgaben der GSVP . . . . .	633
4. Mittel der GSVP . . . . .	634
a) Militärische Kapazitäten . . . . .	634
b) Rüstungspolitische Zusammenarbeit . . . . .	635
c) Zivile Komponente der GSVP . . . . .	635
5. GSVP und Mitgliedstaaten . . . . .	635
III. Ausblick . . . . .	636

<b>§ 40. Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik</b>	
( <i>Nettesheim</i> )	636
I. Die Gemeinsame Handelspolitik als Kernstück der integrierten EU-Außenbeziehungen	637
II. Die Außendimension der Zollunion	638
1. Der Gemeinsame Zolltarif (GZT)	638
2. Zollrechtsangleichung, Zollkodex und Strategien für die Zollunion	639
3. Zollgleiche Abgaben im Handel mit Drittstaaten	639
III. Die Gemeinsame Handelspolitik	640
1. Vertragliche Grundlagen	640
a) Offenheit und Liberalität	640
b) Kompetenzumfang	641
c) Qualität der Kompetenzen	642
d) Verfahren	643
2. Überblick über die autonome Handelspolitik	643
a) Einfuhrregime	643
b) Ausfuhrregime	644
c) Handelspolitische Maßnahmen der EU	645
3. Die vertragliche Handelspolitik: Das Beispiel der WTO-Mitgliedschaft	648
a) Vom GATT 1947 zur WTO 1994	648
b) Überblick über das WTO-Recht	649
c) EU-Mitgliedschaft in der WTO	650
d) Handelspolitische Bedeutsamkeit der WTO für die EU	652
IV. EU-Entwicklungspolitik	652
1. Die Entwicklung der vertraglichen Grundlagen	652
2. Assoziierung der Überseeischen Länder und Hoheitsgebiete (ÜLG – Art. 198–204 AEUV)	653
3. Entwicklungspartnerschaft der EU mit den AKP-Staaten („Lomé-Cotonou-Politik“)	654
4. EU-Entwicklungszusammenarbeit (Art. 208–211 AEUV)	654
V. Ausblick	654
<b>§ 41. Europäische Assoziierung – Nachbarschaftspolitik</b> ( <i>Nettesheim</i> )	655
I. Grundlagen	655
II. Rechtsgrundlagen der Assoziierung	656
III. Praxis europäischer Assoziierung	658
IV. Europäische Nachbarschaftspolitik	658
1. Grundlagen einer Europäischen Nachbarschaftspolitik	659
2. Durchführung der ENP	660
<b>§ 42. Beitritt – Austritt</b> ( <i>Nettesheim</i> )	661
I. Die Europäische Union innerhalb Gesamteuropas	661
II. Beitrittskonzept des EU-Vertrages	662
1. Der Beitritt nach Art. 49 EUV	662
2. Beitrittsvoraussetzungen	663
a) Begriff des europäischen Staats	663
b) Kopenhagener Kriterien	663

3. Beitrittsverfahren . . . . .	664
a) Einleitungsphase . . . . .	665
b) Verhandlungsphase . . . . .	665
c) Abschlussphase . . . . .	665
4. Wirkungen des Beitritts . . . . .	666
5. Wandlungen der EU durch die Beitritte . . . . .	666
III. Beitrittspraxis . . . . .	667
IV. Weitere Beitrittsperspektiven . . . . .	668
1. Balkanerweiterung . . . . .	668
2. Türkei . . . . .	669
3. EWR-Raum und Schweiz . . . . .	670
V. Austritt aus der Europäischen Union . . . . .	670
VI. Ausblick . . . . .	671
Sachverzeichnis . . . . .	673